

S I D

Society for International Development

Chapter Bonn



Nachlese

zum 49. Entwicklungspolitischen Fachgespräch vom 22. März 2007

**Politische Ökonomie der Versorgung mit Trink-
und Abwasserleistungen (TuAL) in EL'n.**

Gespräch mit Herrn Matthias Krause (DIE)

Herr Rieser begrüßte die Anwesenden am Internationalen Tag des Wassers, der dieses Jahr unter dem Motto „Coping with Water Scarcity“ stehe. Er erteilte Herrn Matthias Krause das Wort für den Vortrag.

Herr Krause stellte sich als Mitarbeiter des DIE vor. Er sei seit sechs Jahren am Institut und arbeite zurzeit an seinem Dissertationsprojekt zum Thema des heutigen Abends. Er wolle in seinem Vortrag beleuchten, in wie fern politische und administrative Strukturen die Ursache für Engpässe bei der Wasserver- und Sanitätsversorgung seien.

Ca. 6.000 Personen, überwiegend Kinder unter 5 Jahren, würden täglich an Krankheiten sterben, die auf das Fehlen von Trink- und Abwasserleistungen bzw. deren geringe Qualität zurückzuführen seien. Im Jahr 2004 hätten schätzungsweise 1 Mrd. Menschen über keine geeignete Trinkwasserversorgung verfügt, 2,4 Mrd. über keine geeigneten sanitären Anlagen. Überdies entstünden für Familien hohe Kosten – zeitlicher Art bei beispielsweise weit entfernten Brunnen oder monetärer Art beim Kauf am Tanklaster – für die Beschaffung von Trinkwasser. Folgerichtig sehe das Millenniumsziel 7 der Vereinten Nationen eine Halbierung des Anteils der Bevölkerung ohne geeignete Trink- und Abwasserleistungen bis zum Jahr 2015 vor.

Zur Klärung der Ursachen, fuhr Herr Krause fort, gebe es verschiedene Ansätze. Man könne das Phänomen als Knappheitsproblem auffassen, was sich in Knappheit an Frischwasserressourcen, an Kapital zum Bau der benötigten Anlagen, an Know-how zur Planung und zum Betrieb dieser Anlagen oder an Zahlungsmitteln zur Deckung der Kosten der Anlagen äußere. Der bei diesem Vortrag zentrale politökonomische Ansatz betrachte dagegen in erster Linie die Anreize der für Trink- und Abwasserleistungen maßgeblichen Akteure. Aus diesen Beobachtungen versuche er Versorgungsdefizite zu erklären. Politiker, Mitglieder der öffentlichen Verwaltung und Führer von Gemeinden hätten entscheidenden Einfluss auf die Allokation von Mitteln in den Sektor der Trink- und Abwasserleistungen, Investitionsentscheidungen, die Tarifgestaltung, die Subventionierung bestimmter Gruppen etc.. Es stelle sich also die Frage, inwiefern die Eigenschaften der politisch-administrativen Institutionen die Versorgungsdefizite mit Trink- und Abwasserleistungen in Entwicklungsländern erklären könnten.

Herr Krause führte zu dieser Frage zwei Thesen an. Erstens seien die Versorgungsdefizite von Trink- und Abwasserleistungen geringer, je größer die demokratische Partizipation sei. Die Mandatsträger könnten sich den Bedürfnissen und Forderungen ihrer Wähler nicht verschließen. Zweitens wären die Versorgungsdefizite geringer, je etablierter rechtstaatliche Verfahren, Transparenz und Korruptionskontrolle seien. Weniger Spielräume für die maßgeblichen Akteure

verhindere eine Verwendung der Ressourcen für Trink- und Abwasserleistungen auf Partikularinteressen. Einen weiteren Aspekt stelle die Rolle von Regulierungsbehörden dar, ergänzte Herr Krause. Könnten diese unabhängig sein oder würden sie durch Vertreter der Nutzer oder der Versorger, durch staatliche Vorgaben oder Abhängigkeiten beeinflusst?

Vorläufige Berechnungen für eine Stichprobe von 70 ELs würden die Vermutungen eines positiven Zusammenhangs zwischen Versorgungsquote und Demokratieniveau sowie Ausmaß der Gewaltenteilung bestätigen. Eine in Kolumbien durchgeführte Fallstudie stütze diese Annahmen ebenfalls.

Aus diesen Ergebnissen ergäben sich nun für die EZ neue Fragen. Während die „klassischen“ Instrumente der EZ in erster Linie auf die Bewältigung von Knappheitsproblemen ausgerichtet gewesen wären, würde dieser Ansatz nach den soeben dargestellten Zusammenhängen an den Ursachen des Problems vorbeigehen. Es müsse deshalb überlegt werden, ob die EZ nicht Good Governance fördern müsse, um damit das Problem der Trink- und Abwasserleistungen zu lösen.

In der auf den Vortrag folgenden Diskussion artikuliert ein Teilnehmer das Problem, dass Wassernetze nicht gewartet würden und dadurch 70 % des Wassers verloren ginge. Verantwortlich dafür seien politische Entscheidungen. Herr Krause fügte hinzu, private Wasserversorger würden eher Wasserverluste vermeiden, da sie langfristiger planen als staatliche Unternehmen. Mindereinnahmen durch Wasserverluste stellten sich nur langsam ein, weshalb Politiker dazu neigten, Gelder zunächst anderweitig auszugeben. Ein Diskutant fügte hinzu, neben dem Problem der Wartung stelle sich auch die Frage nach dem Bewusstsein für Wasser. Viele Menschen in ELs nähmen Wasser als naturgegeben hin, weshalb defekte Wasserhähne, die sich nicht mehr schließen ließen, nicht gemeldet und damit nicht repariert würden. Herr Krause bestätigte, dass das Bewusstsein für Wasser wenig ausgeprägt sei, solange die Menschen dafür nicht bezahlen müssten. Dieses Problem zeige sich besonders deutlich bei illegal angezapften Wasserleitungen in Städten der Dritten Welt, in denen den Menschen durch einen hohen Migrationsdruck und mangelnde Städteplanung oft keine Alternative bliebe. Ein weiteres Problem ergebe sich, ergänzte ein Teilnehmer, wenn der Bau von Wasserleitungen mit den Interessen anderer konkurriere. Als Beispiel führte er den Versuch an, im Jemen eine Wasserleitung für ein Dorf zu verlegen. Die Arbeiten dazu seien so lange sabotiert worden, bis sich herausgestellt habe, dass die beiden Unternehmer, die mit Lastwagen das Dorf mit Wasser versorgten, durch die Leitung ihr Einkommen bedroht sahen. Erst als diese Leute eingebunden worden seien, habe das Projekt zum Abschluss gebracht werden können.

Zu seiner Vorgehensweise erklärte Herr Krause, die im Titel des Vortrages erwähnte Ökonomie beziehe sich auf Faktoren wie das Pro-Kopf-Einkommen und die Tarifpolitik, die er in seinen Rechnungen berücksichtigt habe. In Kolumbien habe er qualitative Daten erhoben, da es zu Themen wie Korruption keine quantitativen gäbe. Er habe deshalb Interviews geführt, Zeitungsartikel gesammelt und wenige veröffentlichte Quellen genutzt. Den Stand der Demokratisierung habe er anhand von zwei bestehenden Datensätzen bestimmt. Dies seien die Indikatoren von *Polity* und *Political Right Index* gewesen. Für Kolumbien als Land der näheren Untersuchung habe er sich entschieden, weil es dort sowohl private als auch öffentliche Unternehmen gebe und das Land über eine dezentrale Struktur verfüge.

Ein Diskutant führte an, dass das Thema Trink- und Abwasserleistungen sehr komplex sei. Wenn man eine Korrelation zu Demokratie herstelle, könne man dies ebenfalls für die Bereiche Bildung oder Pro-Kopf-Einkommen tun. Eine Verknüpfung allein sei nicht ausreichend. Ein weiterer Teilnehmer fügte hinzu, in diesem Falle sei eine Makrostudie nicht zielführend. Hierfür müsse eine empirische Studie vor Ort durchgeführt werden. Herr Krause entgegnete, es gäbe verschiedene Zugänge zur Thematik; man müsse aber einen Fokus setzen. Makro- und Mikrostudien müssten sich am Ende ergänzen.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Krause, er differenziere nicht genau zwischen Wasserversorgung und -entsorgung, da dies in der einzig verfügbaren Studie von WHO und UNICEF ebenfalls nicht geschehe. Hier würden lediglich zwischen sicherer und unsicherer Wasserversorgung und -entsorgung unterschieden. Grundsätzlich habe er sich nicht mit dem Thema der Klärung von Abwässern beschäftigt. Ein Diskutant warf ein, das Abwasserthema sei viel brisanter als das Wasserthema. Menschen zögen zum Wasser, wenn es in ihrer Nähe keines gäbe. Besonders in den Mega-Cities der Dritten Welt wachse das Abwasserproblem dagegen stetig.

Ein Diskutant stellte dem Vortragenden die Frage, ob er bestimmte Elemente in der Administration entdeckt habe, die handlungsleitend seien. Sehe er hier eine Möglichkeit zur Steuerung dieser informellen Institutionen durch die EZ? Demokratisierung sei die große Lösung, antwortete Herr Krause. Darüber hinaus könne er nur von seinen Erfahrungen aus Kolumbien berichten, dass eine verfasste Zivilgesellschaft oder Unternehmerschaft eine gewichtige Rolle spielen und Themen an die Öffentlichkeit bringen könne.

Eine Diskussion entspann sich um die Frage, in wie weit Trink- und Abwasserleistungen vom Wohlstand eines Landes abhängig sind. Herr Rieser führte an, dass Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten zwar alles andere als eine Demokratie sei, die Wasserversorgung aber bestens funktioniere. Ein Diskutant warf ein, die Qualität der Wasserversorgung liege an der Nachfrage im Staat. Ein anderer unterstrich, je reicher das Land sei, desto besser sei auch die Wasserversorgung. Herr Krause ergänzte, sowohl Reichtum, als auch Demokratie seien für die Trink- und Abwasserleistungen von großer Bedeutung.

Ein weiterer umstrittener Punkt war die Einschätzung der Privatisierung von Trink- und Abwasserleistungen. Es wurden Beispiele aus den USA und England, aber auch aus Lima und Manila angeführt, in denen die Privatisierung schlecht funktioniert hat. Es sei allerdings ebenfalls fragwürdig, ob man öffentlich-rechtliche Unternehmen wie in Deutschland auch in Entwicklungsländern etablieren könne. Herr Krause ergänzte, er habe bei seiner Arbeit keine eindeutigen Argumente für die private oder die staatliche Variante finden können.

Auf eine Frage zum Stadt-Land-Gefälle bei den Trink- und Abwasserleistungen erläuterte der Vortragende, die Unterschiede seien groß. Dies liege vor allem daran, dass politische Mandatsträger eher zugunsten größerer Interessensgruppen und damit urbanerer Gebiete entschieden und die Kosten für Leitungssysteme auf dem Land deutlich höher seien als in der Stadt.